



Harald Katzmaier
ist Sozialwissenschaftler,
Netzwerkforscher, Gründer und
Direktor von FASresearch

Demokratie

Was das Volk will

Die „repräsentative Demokratie“ geht davon aus, dass der Wille des Volkes durch gewählte Vertretungsorgane ausverhandelt werden muss. In der „direkten Demokratie“ besteht die Vorstellung, dass der Wille des Volkes durch Befragungen und den Willen eines gewählten Volkstribuns zum Ausdruck kommt.

Hans Kelsen, Autor der österreichischen Bundesverfassung, war ein starker Verfechter des ersten Modells. In den 1920er-Jahren war er Zeuge einer massiven Attacke auf das Wesen der parlamentarischen Demokratie sowohl vonseiten der extremen Rechten wie auch der extremen Linken. Beide argumentierten, dass die politischen Parteien den Willen des Volkes nicht mehr adäquat repräsentieren würden und deshalb das Parlament abgeschafft gehörte. Ersetzt werden sollte es durch eine Führer-Republik, in der es eine zentrale Person gibt, die den Willen des Volkes direkt vernimmt, oder durch eine „Diktatur des Proletariats“, in der eine Partei den Willen für alle artikuliert. Kelsens Antwort war eindeutig: Beide gehen von der falschen Voraussetzung aus, dass es den „Willen des Volkes“

einfach so gäbe. Tatsächlich ist es aber harte Arbeit, in demokratischen Willensbildungsprozessen dieses „Allgemeine“ erst zu erzeugen – durch Abtausch, Verhandlungen, Gespräch, Kompromiss und Konsens.

Im Zeitalter sozialer Medien, in dem alles danach beurteilt wird, wer mehr „Likes“ hat, ist die Vorstellung von direkter Demokratie und Führungspersönlichkeiten leichter verkaufbar als eine repräsentative Demokratie mit Parteien und ihren „Tauschgeschäften“. Mit dem Kult der Personifizierung und dem generellen Schwächeln der politischen Parteien als „Organe der Willensbildung“ erleben wir einen klaren Trend in Richtung direkte Demokratie und ein stärker personen- und nicht mehr parteienzentriertes Politikverständnis.

Was das mittelfristig bedeutet: weniger Kultur des Kompromisses, weniger Minderheitenrechte, eine „Herrschaft“ der Mehrheit über die Minderheit und Entscheidungen nicht auf Basis von Dialog und Konsens, sondern aufgrund von populistischen Stimmungen in der Bevölkerung und in den sozialen Medien.

➤ Was meinen Sie? Schreiben Sie mir bitte: h.katzmaier@fas-research.com



**Volksabstimmung
in der Schweiz:
Dem „Willen des
Volkes“ geht Wil-
lensbildung voraus**